

Germany-Mannheim: Construction project management services
OJ S 165/2023 29/08/2023
Contract notice – utilities
Services

Legal Basis:

Directive 2014/25/EU

Section I: Contracting entity

I.1. Name and addresses

Official name: MV Mannheimer Verkehr GmbH

Postal address: Möhlstr.27

Town: Mannheim

NUTS code: DE126 Mannheim, Stadtkreis

Postal code: 68165

Country: Germany

Contact person: Vergabestelle

E-mail: vergabe@rnv-online.de

Telephone: +49 6214651730

Fax: +49 6214653111

Internet address(es):

Main address: <https://www.mannheim.de/de/stadt-gestalten/staedtische-gesellschaften/mkb-gmbh>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/a6677e37-d882-481f-916e-7d2181c779da>

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/a6677e37-d882-481f-916e-7d2181c779da>

Additional information can be obtained from another address:

Official name: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Postal address: Möhlstraße 27

Town: Mannheim

NUTS code: DE126 Mannheim, Stadtkreis

Postal code: 68165

Country: Germany

Contact person: Vergabestelle

E-mail: vergabe@rnv-online.de

Fax: +49 6214653111

Internet address(es):

Main address: www.rnv-online.de/vergabe

I.6. Main activity

Recreation, culture and religion

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Projektsteuerung "Zentrum für Innovative Mobilität"

Reference number: 093-23-EK7

II.1.2. Main CPV code

71541000 Construction project management services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Im Zeichen einer nachhaltigen Mobilität arbeitet die rnv an der Umsetzung innovativer Konzepte wie der Nutzung alternativer Antriebstechnologien und der zugehörigen Infrastruktur. Um den ÖPNV zu dekarbonisieren bedarf es der Umstellung auf elektrische Antriebe, also batterie- und brennstoffzellen-elektrische Busse sowie Kombinationen aus beiden Systemen. Die rnv hat sich ehrgeizige Ziele bei der Elektrifizierung ihrer Busflotte gesetzt. Bis 2032 soll der gesamte Busfuhrpark auf alternative Antriebe umgestellt werden.

Um den künftigen Mehrbedarf an Buskapazitäten aus der „Verkehrswende“ abdecken zu können, soll auf der Fläche des ehemaligen Mannheimer Fleischversorgungszentrums, nach Rückbau des Gebäudebestands ein neuer zentraler Busbetriebshof entstehen.

Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Projektsteuerung des oben genannten Betriebshofes.

Aufgabe des AN sind hierbei unter Anderem die nachfolgenden Aufgaben:

- Steuerung und Koordination des Bebauungsplanverfahrens und der parallel laufenden Neubaumaßnahme ZIM
- Steuerung und Koordination der Ausarbeitung der erforderlichen Gutachten, Pläne inkl. der Begründung zum Bebauungsplan (§ 9 Absatz 8 BauGB) sowie ggf. eines Umweltberichtes (§ 2 Absatz 4 BauGB) und der Abarbeitung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen nach § 43 BNatSchG;
- Die Terminüberwachung und Koordination bezüglich der zu liefernden und bereitzustellenden Gutachten, Planungsergebnisse, Berichten etc. sowie ggf. die Erinnerung der Beteiligten;
- Die Protokollierung der Projektbesprechungen;
- Die Abfassung von Projektstandsberichten auf Anforderung der Stadt Mannheim, inkl. Klärung der entsprechenden Anforderungen
- Die Bereitstellung von erforderlichen und sachdienlichen Materialien in der von der Stadt geforderten Form für die erforderlichen Beteiligungen der Öffentlichkeit, der Behörden, Träger öffentlicher Belange und sonstigen Stellen, für die Information der Bezirksbeiräte und ggf. des Planungs-/ bzw. Gestaltungsbeirates, sowie für eine eventuell durchzuführende Bürgerinformation. Zitat Stadtverwaltung Mannheim: Die Stadt ist bemüht, den Aufwand hierfür auf dem unbedingt erforderlichen Maß zu halten;
- Die laufende Bereitstellung der von der Stadt angeforderten Projektinformationen (Pläne, Gutachten, Studien, Beschreibungen, etc.), inkl. Klärung der entsprechenden Anforderungen;
- Die Organisation für ggf. erforderliche Sonderveranstaltungen in Form von Bürgerversammlungen und -informationen, inkl. Klärung der entsprechenden Anforderungen. Die Stadt steht hier beratend und unterstützend zur Seite;
- Die Vorstellung der Planung vor den von der Stadt gewünschten Gremien, inkl. Klärung der entsprechenden Anforderungen;

- Die Abstimmung mit den Fachbehörden. Zitat Stadtverwaltung Mannheim: Die Stadt steht hier beratend und unterstützend zur Seite;
 - Die Erstellung der Beschlussvorlagen für die gemeinderätlichen Gremien, inkl. Klärung der entsprechenden Anforderungen;
 - Die Auswertung der eingehenden Stellungnahmen im Rahmen der formell erforderlichen Beteiligungsschritte, einschließlich der Erstellung von Vorschlägen für eine abwägende Auseinandersetzung, Ausarbeitung der Begründung zum Bebauungsplan sowie des Entwickelns der Beschlussvorschläge, inkl. Klärung der entsprechenden Anforderungen.
- Die Projektsteuerung betrifft die Gesamtkoordination der Projektstufen 1-5 nach AHO.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71000000 Architectural, construction, engineering and inspection services, 71244000 Calculation of costs, monitoring of costs, 71248000 Supervision of project and documentation, 71251000 Architectural and building-surveying services, 71330000 Miscellaneous engineering services, 71540000 Construction management services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE126 Mannheim, Stadtkreis
Main site or place of performance: Mannheim

II.2.4. Description of the procurement

Im Zeichen einer nachhaltigen Mobilität arbeitet die rnv an der Umsetzung innovativer Konzepte wie der Nutzung alternativer Antriebstechnologien und der zugehörigen Infrastruktur. Um den ÖPNV zu dekarbonisieren bedarf es der Umstellung auf elektrische Antriebe, also batterie- und brennstoffzellen-elektrische Busse sowie Kombinationen aus beiden Systemen. Die rnv hat sich ehrgeizige Ziele bei der Elektrifizierung ihrer Busflotte gesetzt. Bis 2032 soll der gesamte Busfuhrpark auf alternative Antriebe umgestellt werden. Um den künftigen Mehrbedarf an Buskapazitäten aus der „Verkehrswende“ abdecken zu können, soll auf der Fläche des ehemaligen Mannheimer Fleischversorgungszentrums, nach Rückbau des Gebäudebestands ein neuer zentraler Busbetriebshof entstehen. Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Projektsteuerung des oben genannten Betriebshofes.

Aufgabe des AN sind hierbei unter Anderem die nachfolgenden Aufgaben:

- Steuerung und Koordination des Bebauungsplanverfahrens und der parallel laufenden Neubaumaßnahme ZIM
- Steuerung und Koordination der Ausarbeitung der erforderlichen Gutachten, Pläne inkl. der Begründung zum Bebauungsplan (§ 9 Absatz 8 BauGB) sowie ggf. eines Umweltberichtes (§ 2 Absatz 4 BauGB) und der Abarbeitung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen nach § 43 BNatSchG;
- Die Terminüberwachung und Koordination bezüglich der zu liefernden und bereitzustellenden Gutachten, Planungsergebnisse, Berichten etc. sowie ggf. die Erinnerung der Beteiligten;
- Die Protokollierung der Projektbesprechungen;
- Die Abfassung von Projektstandsberichten auf Anforderung der Stadt Mannheim, inkl. Klärung der entsprechenden Anforderungen

- Die Bereitstellung von erforderlichen und sachdienlichen Materialien in der von der Stadt geforderten Form für die erforderlichen Beteiligungen der Öffentlichkeit, der Behörden, Träger öffentlicher Belange und sonstigen Stellen, für die Information der Bezirksbeiräte und ggf. des Planungs-/ bzw. Gestaltungsbeirates, sowie für eine eventuell durchzuführende Bürgerinformation. Zitat Stadtverwaltung Mannheim: Die Stadt ist bemüht, den Aufwand hierfür auf dem unbedingt erforderlichen Maß zu halten;
- Die laufende Bereitstellung der von der Stadt angeforderten Projektinformationen (Pläne, Gutachten, Studien, Beschreibungen, etc.), inkl. Klärung der entsprechenden Anforderungen;
- Die Organisation für ggf. erforderliche Sonderveranstaltungen in Form von Bürgerversammlungen und -informationen, inkl. Klärung der entsprechenden Anforderungen. Die Stadt steht hier beratend und unterstützend zur Seite;
- Die Vorstellung der Planung vor den von der Stadt gewünschten Gremien, inkl. Klärung der entsprechenden Anforderungen;
- Die Abstimmung mit den Fachbehörden. Zitat Stadtverwaltung Mannheim: Die Stadt steht hier beratend und unterstützend zur Seite;
- Die Erstellung der Beschlussvorlagen für die gemeinderätlichen Gremien, inkl. Klärung der entsprechenden Anforderungen;
- Die Auswertung der eingehenden Stellungnahmen im Rahmen der formell erforderlichen Beteiligungsschritte, einschließlich der Erstellung von Vorschlägen für eine abwägende Auseinandersetzung, Ausarbeitung der Begründung zum Bebauungsplan sowie des Entwickelns der Beschlussvorschläge, inkl. Klärung der entsprechenden Anforderungen. Die Projektsteuerung betrifft die Gesamtkoordination der Projektstufen 1-5 nach AHO.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Umsetzungskonzept / Weighting: 30

Quality criterion - Name: Sicherstellung Qualifikation, technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Projektteams / Weighting: 40

Cost criterion - Name: fiktiver Wertungspreis (inkl. aller Optionen) / Weighting: 30

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/11/2023 End: 31/08/2029

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Der Auftraggeber wird den Auftrag stufenweise vergeben:

Stufe 1: Projektstufe 1 (Projektvorbereitung gemäß § 2 AHO-Heft Nr. 9 sowie Projektstufe 2 (Planung gemäß § 2 AHO-Heft Nr. 9).

Mit Abschluss des Vergabeverfahrens wird der Auftragnehmer mit der Stufe 1 fest beauftragt.

Die weitere Beauftrag erfolgt in Abstimmung mit dem AG, abhängig vom Entscheid zum Vergabekonzept (bspw. stufenweise oder HOAI-Leistungsphasenweise).

Außerdem werden optionale Leistungen im Angebot abgefragt.

Einen Rechtsanspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht.

II.2.13.

Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Die in diesem Abschnitt geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bieter und den jeweiligen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft jeweils gesondert vorzulegen. Ausländische Bieter müssen gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde/Institution ihres Heimatlandes vorlegen. Zusätzlich sind diese ins Deutsche zu übersetzen.

Der Auftraggeber behält sich vor, im Fall der Beauftragung mit dem jeweiligen Bieter von diesem eine Beglaubigung der Übersetzung(en) zu verlangen.

Mit dem Angebot ist einzureichen:

1. Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate),
2. Erklärungen zur persönlichen Lage,
3. Erklärungen im Zusammenhang mit strafrechtlichen Verurteilungen,
4. Erklärungen im Zusammenhang mit der Entrichtung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen,
5. Erklärungen im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenskonflikten oder beruflichem Fehlverhalten,
6. Erklärungen zu seiner Berufsausübung.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Die in diesem Abschnitt geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bieter und den jeweiligen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft jeweils gesondert vorzulegen. Ausländische Bieter müssen gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde/Institution ihres Heimatlandes vorlegen. Zusätzlich sind diese ins Deutsche zu übersetzen.

Der Auftraggeber behält sich vor, im Fall der Beauftragung mit dem jeweiligen Bieter von diesem eine Beglaubigung der Übersetzung(en) zu verlangen.

1. Eigenerklärung des Bieters spätestens unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügt, die über die gesamte Vertragslaufzeit erhalten bleiben muss. Die Deckungssumme dieser Versicherung muss je Schadensfall mindestens betragen:

- für Personen- und Sachschäden: 3 Mio. Euro
- für Vermögensschäden: 5 Mio. Euro

Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme für Personen- und Sachschäden betragen. Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr muss mindestens das zweifache der Deckungssumme für Vermögensschäden betragen. Die Versicherung muss eine unbegrenzte Nachhaftungsfrist aufweisen. Diese gilt auch für den Todesfall des Versicherungsnehmers sowie die Liquidation /Insolvenz des Auftragnehmers.

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter einen entsprechenden Nachweis ab.

2. Eigenerklärung über den Gesamtumsatz sowie über den Umsatz vergleichbarer Leistungen in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren,
3. Eigenerklärung, dass die Voraussetzung für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG (Mindestlohngesetz) nicht vorliegen, dass der Bieter also nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens 2 500 EUR belegt worden ist.
4. Eigenerklärung über die durchschnittliche Gesamtzahl der fest angestellten Mitarbeiter der letzten 3 Geschäftsjahre unterteilt nach fest angestellten Ingenieure und Führungskräfte mit umfassender Projektsteuerungs-, Controlling- und Beratungskompetenzen sowie fest angestellte kaufmännische Mitarbeiter mit umfassenden Controlling- und projektkaufmännischen Kompetenzen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

- Mindestjahresumsatz: 800.000,00 Euro soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
- Mind. 8 fest angestellte Ingenieure und Führungskräfte mit umfassenden Projektsteuerungs-, Controlling- und Beratungskompetenzen
- Mind. 2 fest angestellte kaufmännische Mitarbeiter mit umfassenden Controlling- und projektkaufmännischen Kompetenzen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Die in diesem Abschnitt geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bieter und den jeweiligen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft jeweils gesondert vorzulegen. Ausländische Bieter müssen gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde/Institution ihres Heimatlandes vorlegen. Zusätzlich sind diese ins Deutsche zu übersetzen.

Der Auftraggeber behält sich vor, im Fall der Beauftragung mit dem jeweiligen Bieter von diesem eine Beglaubigung der Übersetzung(en) zu verlangen.

Der Bieter muss auch technisch und beruflich leistungsfähig sein. Die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist als gewährleistet anzusehen, wenn der Bieter über die Fachkunde sowie die Erfahrungen verfügt, die für die Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen in angemessener Qualität erforderlich sind.

Zum Beleg der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit haben die Bieter folgende Nachweise zu erbringen:

1. Nachweis eines Qualitätsmanagementsystems (QMS) nach DIN ISO 9001:2008 oder vergleichbar
2. Eigenerklärung zur Entwicklung einer projektgerechten Kostenstruktur und Kostenermittlung.
3. Nachweis einer akademischen Ausbildung des Senior Projektsteuerers
4. Nachweis einer akademischen Ausbildung des stellvertretenden Projektsteuerers
5. Nachweis einer PM-Zertifizierung oder gleichwertig, des Senior Projektsteuerers
6. Nachweis einer PM-Zertifizierung oder gleichwertig, des stellvertretenden Projektsteuerers
7. Eigenerklärung zur Erfahrung und Expertise eines Projektkommunikations- und Dokumentenmanagementsystems
8. Eigenerklärung zu SAP-Kenntnissen
9. Eigenerklärung zu Projektcontrolling-Kenntnissen
10. Eigenerklärung zu Inbetriebnahme Management-Kenntnissen
11. Referenz vergleichbar mit Zielmaßnahme: Nachweis der Berufserfahrung des Senior-Projektsteuerers anhand einer mit der Zielmaßnahme vergleichbaren Referenz. Vergleichbar ist ein solitär stehender repräsentativer Verwaltungsbauanteil im Bereich ÖPNV oder BUS-Betriebshöfe oder gummibereifte Mobilität oder Produktions- und Wartungsgebäude der Industrie im Bereich Mobilität/Automotive oder hoch installierte Forschungs- und

Entwicklungsgebäude mit Schwerpunkt Mobilität oder Komplexe Projekte mit Schwerpunkt Mobilität (mehr als 3 Funktionsbereiche) oder Baumaßnahmen mit Anteil TGA Nutzungsspezifischer Anlagengruppe "Kraftfahrzeug-Werkstätten" > 50 Kraftfahrzeuge über 7,5t oder Baumaßnahmen mit Anteil an E-Ladeinfrastruktur > 500.000,00 EUR; Baumaßnahme mit Anteil an TGA Nutzungsspezifischer Anlagengruppe H2-Infrastruktur > 500.000,00 Euro im Zeitraum von 2008 bis 2023. Die Herstellkosten müssen mind. 40 Mio. Euro betragen sowie die HOAI Honorarzone >= III für die Objektplanung Gebäude, unregelter Sonderbau mit Brandschutzkonzept nachweisen. Außerdem muss die HOAI Leistungsphase 2 bis 6 und 8 vollständig koordiniert und gesteuert worden sein. Des weiteren muss die TGA Anlagengruppen 4 bis 8 vollständig koordiniert und gesteuert worden sein. Des weiteren müssen in der Referenz mind. 16 Handlungsbereiche der AHO erbracht worden sein.

12. Referenz Nachhaltigkeit: Nachweis der Berufserfahrung des Senior-Projektsteuerers oder stellvertretenden Projektsteuerers in Bezug auf Nachhaltigkeit mittels eines Referenzprojektes welches eine im EU-Raum anerkannten Zertifizierung für nachhaltiges Bauen aufweist. Dieses Referenzprojekt muss zwischen 2008 und 2023 zertifiziert worden sein und Herstellkosten KG 300+400 von mind. > 10 Mio. Euro aufweisen. Außerdem müssen mind. 16 Handlungsbereiche der AHO bei diesem Referenzprojekt nachgewiesen werden.

13. Referenz Kumulativleistungsträger: Nachweis erfolgt durch mind. 1 Referenzprojekt mit durchgeführten/gesteuerten Unternehmereinsatzform nach dem Prinzip Einzelplaner oder Generalplaner + GU (mind. mit LPH 5 bei GU) im Zeitraum zwischen 2008 und 2022 mit Herstellkosten KG 300+400 vom > 10 Mio. Euro. Angabe, der Mitwirkung bei der Erstellung der FLB und deren Struktur sowie Angabe, ob die GU-Leistungen des Referenzprojektes nach öffentlichem Vergaberecht ausgeschrieben wurden. Sowie Erklärung, dass die Steuerungsleistungen der Projektstufen 1-5 und Handlungsbereich A-E gem. § 2 AHO in dem Referenzprojekt vollständig erbracht wurden.

14. Referenz öffentlicher Auftraggeber mit Nutzung öffentliches Vergaberecht: Nachweis erfolgt durch mind. 1 Referenzprojekt, welches dem Bieter Erfahrungen mit dem öffentlichen Vergaberecht und europaweiter Ausschreibungsverfahren von Bauleistungen als Generalübernehmerleistung und/oder Generalunternehmerleistung nachweist. Der Referenzzeitraum muss zwischen 2008 und 2022 liegen. Die Herstellkosten KG 300+400 müssen > 10 Mio. Euro betragen. Bestätigung, dass mind. 16 Handlungsbereiche der AHO in diesem Referenzprojekt erbracht wurden.

15. Referenz Bedarfsermittlung nach DIN 18205: Nachweis der Expertise des eingesetzten Senior-Projektsteuerers oder eines anderen Mitglieds des Projektteams im Bereich Bedarfsplanung nach DIN 18205. Der Referenzzeitraum muss zwischen 2008 und 2022 liegen. Die Herstellkosten KG 300+400 müssen > 10 Mio. Euro betragen. In dem Referenzprojekt müssen mindestens die HOAI-Leistungsphase 0 (Bedarfsplanung) sowie die Steuerungsleistungen der Projektstufe 1 mit den Handlungsbereichen A-E gem. AHO § 2 erbracht/gesteuert worden sein.

16. Referenz HOAI, Teil 2, Flächenplanung, Abschnitt 1 Bauleitplanung: Nachweis der Expertise des eingesetzten Senior-Projektsteuerers oder eines anderen Mitglieds des Projektteams im Bereich Bebauungsplan. Der Nachweis erfolgt durch mind. 1 Referenzprojekt mit durchgeführtem/vollständig gesteuertem "HOAI, Teil 2, Flächenplanung, Abschnitt 1, Bauleitplanung, § 19 Leistungsbild Bebauungsplan". Der Referenzzeitraum muss zwischen 2008 und 2022 liegen. Die überplante Fläche des Referenzprojektes muss > 3 Hektar betragen.

17. Referenz "Abriss-/Rückbau Gebäudebestand": Nachweis der Expertise des eingesetzten Senior-Projektsteuerers oder eines anderen Mitglieds des Projektteams im Leistungsbereich "Abriss-/Rückbau". Der Nachweis erfolgt durch mind. 1 Referenzprojekt mit durchgeführtem /gesteuertem Leistungsbereich "Abriss-/Rückbau". Der Referenzzeitraum muss zwischen

2008 und 2022 liegen. Die überplante Fläche des Referenzprojektes muss > 3 Hektar betragen. Das Gebäude-Abrißvolumen BGF $\geq$ 5.000m² mit Erdaushub und Entsorgungskonzept sowie Abrißantrag laut LBO, wird bestätigt.

18. Referenz "E-Ladeinfrastruktur": Nachweis der Expertise des eingesetzten Senior-Projektsteuerers oder eines anderen Mitglieds des Projektteams im Leistungsbereich "E-Ladeinfrastruktur". Der Nachweis erfolgt durch mind. 1 Referenzprojekt mit durchgeführtem /vollständig gesteuertem Leistungsbereich "E-Ladeinfrastruktur". Der Referenzzeitraum muss zwischen 2008 und 2022 liegen. Die Steuerungsleistungen bei dem Referenzprojekt für das Leistungsbild TGA: Anlagengruppe E-Ladeinfrastruktur > 1 Mio. Euro, wurde vollständig erbracht.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Mindestanforderungen wurde unter Punkt III.1.3) angegeben.

III.1.4. Objective rules and criteria for participation

List and brief description of rules and criteria:

Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB, § 21 AentG, § 19 MiLoG oder § 21 SchwarzArbG gibt der Bieter entsprechende Eigenerklärungen mit Angebotsabgabe ab.

Im Falle einer Bietergemeinschaft oder einer Eignungsleihe gilt dies für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft und für jedes Unternehmen, das zur Eignungsleihe in Anspruch genommen wird, gesondert.

Soweit Ausschlussgründe in der Person des Bieters vorliegen sollten, sind diese dem Auftraggeber mit dem Angebot mitzuteilen. Eventuell ergriffene Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB sind dem Auftraggeber nachzuweisen.

III.1.6. Deposits and guarantees required

siehe Vergabeunterlagen

III.1.7. Main financing conditions and payment arrangements and/or reference to the relevant provisions governing them

siehe Vergabeunterlagen

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

1. Gemäß § 5 Abs. 1 Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG) haben die Bieter sowie deren Nachunternehmen und Verleihunternehmen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 LTMG), soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, die erforderlichen Verpflichtungserklärungen gemäß § 4 Absatz 1 (Mindestentgelterklärung) LTMG abzugeben haben.

2. Einhaltung der Erklärungsinhalte der Eigenerklärung zum Russlandgeschäft gemäß Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576.

3. Berufshaftpflichtversicherung (Personen- und Sachschäden mind. 3 Mio. EUR, Vermögensschäden mind. 5 Mio. EUR)

4. Der Projektsteuerer kann auf Grund bestehender Interessenskonflikten nicht zugleich der Generalplaner des Projektes ZIM sein.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 25/09/2023 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 31/10/2023

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 25/09/2023 Local time: 10:00

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

a) Erklärung des Bieters/jedes Mitglieds einer Bietergemeinschaft/im Falle der Eignungsleihe des anderen Unternehmens zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB, § 21 AEntG, § 19MiLoG, § 98c AufenthG und § 21 SchwarzArbG und zu wettbewerbskonformen Verhalten.

b) Im Falle des Angebots durch eine Bietergemeinschaft muss jedes Bietergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung mit dem Angebot einreichen. Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig. Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, werden nicht zugelassen.

c) Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Das andere Unternehmen, auf dessen Eignung sich der Bieter bezieht, muss seine Eignung in dem Umfang nachweisen, in dem eine Eignungsleihe stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die Technische und berufliche Leistungsfähigkeit auch Referenzen des anderen Unternehmens anzugeben sind. Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden.

d) Die Angebotsabgabe sowie jeglicher Schriftverkehr mit der Vergabestelle erfolgt ausschließlich in elektronisch Form über die Vergabepattform www.deutsche-evergabe.de.
Fristende zur Stellung von Bieterfragen ist der 15.09.2023, 10 Uhr.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Regierungspräsidium Karlsruhe
Town: Karlsruhe
Postal code: 76247
Country: Germany
Telephone: +49 7219268730
Fax: +49 7219263985
Internet address: <https://rp.baden-wuerttemberg.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Hinsichtlich der Fristen zur Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen.

§ 160 GWB lautet wie folgt:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften

geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2. §134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.5. Date of dispatch of this notice

24/08/2023